



MARKT RIMPAR

NIEDERSCHRIFT ÜBER DIE ÖFFENTLICHE SITZUNG DES MARKTGEMEINDERATES

Sitzungsdatum: Donnerstag, 31.01.2019
Beginn: 19:30 Uhr
Ende: 22:30 Uhr
Ort: im Sitzungssaal des Rathauses

ANWESENHEITSLISTE

1. Bürgermeister

Losert, Burkard

Mitglieder des Marktgemeinderates

Bieber, Wolfram
Bötsch, Bettina
Dernbach, Ralf
Fischer, Florian
Fischer, Josef
Keidel, Helmut
Meißner, Robert
Michel, Armin
Neumann, Jürgen
Pototzky, Wilhelm
Schmid, Harald
Schneider, Peter
Voll, Oliver
Wagenbrenner, Dieter
Weidner, Bernhard
Wetzel, Thomas
Wiener, Nicole
Wiesner, Dirk

Schriftführer

Amon Michael

Weitere Anwesende

Herr Zier, Seniorenrat
Herr Kempf, Seniorenrat
Herr Reinhard Schlereth
Herr Ammon (Main-Post)

Abwesende und entschuldigte Personen:

Mitglieder des Marktgemeinderates

Laug, Wolfgang

Weippert, Elke

TAGESORDNUNG

Öffentliche Sitzung

- 1 Protokoll vom 13.12.2018
- 2 Vollzug des Kommunalrechts; Neubildung und Besetzung der Ausschüsse aufgrund eines Fraktionsaustrittes RL-IGU
- 3 Bebauungsplan Bickelsgraben Maidbronn Vorstellung der endgültigen Planung (Frau Wieland Büro Röschert) Beschlussfassung zur öffentlichen Auslegung
- 4 Änderung des Flächennutzungsplanes Markt Rimpar Sondergebiet großflächiger Einzelhandel in Maidbronn (Netto Markt) Beschlussfassung zur öffentlichen Auslegung
- 5 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Sondergebiet großflächiger Einzelhandel Maidbronn (Netto Markt) Beschlussfassung zur öffentlichen Auslegung
- 6 Verkehrskonzept für das Wohnbauprojekt Am Liedlein
- 7 Beschlussfassung über die Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplan auf den Grundstücken „Am Liedlein“ (Fl.Nr. 2894,2894/1 und 2896).
- 8 Mittelschulverbund Marquard von Grumbach Mittelschule Kooperationsvertrag mit dem Schulverband Unterpleichfeld Estenfeld
- 9 Bebauungsplan Sonnenweg-Lohenweinberg Erklärung zur Einstellung des Klageverfahrens vor dem VGH München **2019/612**
- 10 Richtlinien über die Gewährung von Zuschüssen an Familien zum Bau von eigengenutzten Familienheimen „Sonnenweg-Lohenweinberg“ s.a. Antrag der RL-IGU Fraktion v. 5.12.2019
- 11 Änderung der Wahlordnung des Seniorenrates; Anhebung des Wahlalters auf das 60. Lebensjahr
- 12 Vollzug des Bayerischen Feuerwehrgesetzes; Bestätigung des 1. und 2. Kommandanten der Freiwilligen Feuerwehr Maidbronn Max Dernbach und Christian Arnold
- 13 Verschiedenes

1. Bürgermeister Burkard Losert eröffnet um 19:30 Uhr die öffentliche Sitzung des Marktgemeinderates, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Marktgemeinderates fest.

1. Bürgermeister Losert verweist auf das Fraktionsgespräch und schlägt vor, bei Tagesordnungspunkt 2 des nichtöffentlichen Teils (Vorkaufsrecht Zugang zur ehemaligen Synagoge) Gesprächsinhalte, die öffentlich diskutiert werden können, im öffentlichen Sitzungsteil bei Tagesordnungspunkt 13 mit zu behandeln. Damit besteht im Marktgemeinderat Einverständnis.

ÖFFENTLICHE SITZUNG

1 Protokoll vom 13.12.2018

Der öffentliche Teil der Sitzungsniederschrift vom 13.12.2018 wird in Erinnerung gerufen und ohne Einwendungen anerkannt.

2 Vollzug des Kommunalrechts; Neubildung und Besetzung der Ausschüsse aufgrund eines Fraktionsaustrittes RL-IGU

1. Bürgermeister Losert verweist auf den Vorlagebericht der Verwaltung zum Fraktionsaustritt von Herrn Oliver Voll und zur dadurch notwendigen Neuberechnung der Sitzverteilung der Ausschüsse.

Nach § 7 Abs. 1 GeschO ist die Änderung des ursprünglichen Stärkeverhältnisses auszugleichen; haben danach Fraktionen und Gruppen wegen gleicher Teilungszahl den gleichen Anspruch auf einen Ausschusssitz, so entscheidet das Los.

Die Berechnung hat ergeben, hat beim Hauptverwaltungs- und Finanzausschuss und dem Bauausschuss jeweils zwei Sitze im Losverfahren zu vergeben sind. Mit der Ziehung der von der Verwaltung erstellten Lose (je ein Los für die CSU-Fraktion, die SPD-Fraktion, die Fraktion RL-IGU und das fraktionslose Mitglied Oliver Voll) wurde Herr Peter Zier beauftragt. Die Losziehung ergab in der Reihenfolge des Ablaufes folgendes Ergebnis:

1. Hauptverwaltungs- und Finanzausschuss (10 Mitglieder):

Die beiden Lose entfallen auf die CSU-Fraktion und das fraktionslose Mitglied Oliver Voll.

Somit ergibt sich für den Hauptverwaltungs- und Finanzausschuss folgende Sitzverteilung:

CSU-Fraktion:	5 Mitglieder
SPD-Fraktion:	3 Mitglieder
RL-IGU Fraktion:	1 Mitglied
Fraktionslos:	1 Mitglied

2. Grundstücks- und Bauausschuss (10 Mitglieder):

Die beiden Lose entfallen ebenfalls auf die CSU-Fraktion und das fraktionslose Mitglied Oliver Voll.

Für den Grundstücks- und Bauausschuss ergibt sich deshalb folgende Sitzverteilung:

CSU-Fraktion:	5 Mitglieder
---------------	--------------

SPD-Fraktion: 3 Mitglieder
RL-IGU Fraktion: 1 Mitglied
Fraktionslos: 1 Mitglied

3. Weiterhin ergibt sich anlässlich der Neuberechnung eine Veränderung im Umwelt-, Land- und Forstwirtschaftsausschuss (8 Mitglieder) wie folgt:

CSU-Fraktion: 4 Mitglieder
SPD-Fraktion: 3 Mitglieder
RL-IGU Fraktion: 1 Mitglied

4. Ebenso errechnet sich eine Veränderung im Sozial-, Jugend- und Kulturausschuss (8 Mitglieder) wie folgt:

CSU-Fraktion: 4 Mitglieder
SPD-Fraktion: 3 Mitglieder
RL-IGU Fraktion: 1 Mitglied

5. Im Rechnungsprüfungsausschuss (6 Mitglieder) ist sodann durch das Ausscheiden des bisherigen Vorsitzenden (Herr Oliver Voll) ein neuer Vorsitzender aus den Ausschussmitgliedern zu bestimmen. Aus dem Marktgemeinderat werden die Ausschussmitglieder Robert Meißner und Thomas Wetzel vorgeschlagen. Das Ergebnis in offener Abstimmung lautet wie folgt:

Für Robert Meißner: 13 Stimmen
Für Thomas Wetzel: 4 Stimmen

Damit ist Herr **Robert Meißner** zum Vorsitzenden des Rechnungsprüfungsausschusses bestellt.

Der Marktgemeinderat beschließt sodann die Besetzung der Ausschüsse nach den Vorschlägen der Fraktionen gemäß Aufstellung lt. Anlage 1 zu diesem Protokoll.

Beschluss:

Der Marktgemeinderat stimmt der neuen Ausschussbesetzung nach der Aufstellung lt. Anlage 1 zu diesem Protokoll zu.

Beschlossen Ja 18 Nein 0

3 Bebauungsplan Bickelsgraben Maidbronn Vorstellung der endgültigen Planung (Frau Wieland Büro Röschert) Beschlussfassung zur öffentlichen Auslegung

Der Vorsitzende begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Frau Wieland vom Büro Röschert und verweist auf die den Ratsmitgliedern vorliegenden Unterlagen in Form des Vorabzugs über die Vorstellung des überarbeiteten Entwurfs für den Billigungs- und Auslegungsbeschluss.

Frau Wieland geht zunächst auf die Projekthistorie und Chronologie ein und erläutert dann die einzelnen Änderungen des Entwurfs.

In der anschließenden Diskussion werden Aspekte wie Topografie des Geländes, genehmigungsfreie Aufschüttungen, Lärmschutzmaßnahmen, die Festsetzung von Auflagen für Regenwasserzisternen sowie die von der Feuerwehr und der Kfz-Werkstätte ausgehenden Lärmentwicklungen angesprochen.

1. Bürgermeister Losert bezeichnet es als Ziel, in der März Sitzung des Gemeinderats den Satzungsbeschluss zu fassen. Dann könne man – wie beim Lohenweinberg – in die Verhandlung

gen mit den Grundstückseigentümern und dem Investor einsteigen. Wenn alles gut verlaufe, könne man 2020 mit der Erschließung beginnen, und dann gebe es nach langer Zeit wieder Bauplätze in Maidbronn.

Beschluss:

Der Marktgemeinderat stimmt der endgültigen Planung des Bebauungsplans Bickelsgraben Maidbronn zu und beschließt die öffentliche Auslegung nach § 3 Abs. 2 BauGB.

Beschlossen Ja 19 Nein 0

4 Änderung des Flächennutzungsplanes Markt Rimpar Sondergebiet großflächiger Einzelhandel in Maidbronn (Netto Markt) Beschlussfassung zur öffentlichen Auslegung

Herr Köhler zeigt den Plan an der Projektionswand und erläutert den Sachstand. Alle Änderungen habe man in den Plan eingearbeitet. Der nächste Schritt sei, heute den Entwurf zu billigen und dann die öffentliche Auslegung durchzuführen. Herr Köhler erläutert sodann die wichtigsten Änderungen und geht hier noch einmal auf die mit der Unteren Naturschutzbehörde abgestimmten Ausgleichsflächen, den neuen Umweltbericht mit artenschutzrechtlicher Prüfung, das Überschwemmungsgebiet der Pleichach sowie die Versetzung der Bushaltestelle Richtung Ortsmitte ein. Wunsch des ÖPNV sei grundsätzlich die Auflösung von Bushaltestellen und die Installation entsprechender Aufstellflächen hinter dem Gehsteig vor allem für die Schulkinder.

Ratsmitglied Schmid erinnert an die zurückliegende Bürgerversammlung und gibt den zu erwartenden verkehrlichen Rückstau zu bedenken. Unter dem Aspekt, dass ja die Umgehungsstraße gebaut werde und dann mit einer abnehmenden Verkehrsdichte zu rechnen sei, könnte eine Bushaldebucht mit Blick auf die künftige Verkehrsentwicklung eventuell doch sinnvoll sein.

Ratsmitglied Pototzky ist von der aufgezeigten Lösung nicht überzeugt und sieht weiteren Klärungsbedarf. Ratsmitglied Weidner schließt sich Ratsmitglied Schmid an.

Herr Köhler zeigt sich „nach allen Seiten offen“, wenn es andere Lösungen gebe. Bezüglich der früher geäußerten Kritik an der Dachgestaltung – ursprünglich war ein Pultdach geplant – erklärt er, dass es jetzt ein Satteldach mit Ziegeleindeckung gebe.

Im Gremium werden dann noch weitere Planungsaspekte wie Wasserdurchlässigkeit des Bodenbelags der Parkplätze, Niveauunterschiede der Ausfahrt zur Kreisstraße und die Freihaltung von Sichtfeldern diskutiert.

Beschluss:

Der Marktgemeinderat stimmt der 10. Änderung des Flächennutzungsplans des Marktes Rimpar - Sondergebiet großflächiger Einzelhandel in Maidbronn (Netto Markt) - zu und beschließt die öffentliche Auslegung nach § 3 Abs. 2 BauGB.

Beschlossen Ja 17 Nein 2

5 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Sondergebiet großflächiger Einzelhandel Maidbronn (Netto Markt) Beschlussfassung zur öffentlichen Auslegung

Der Vorsitzende erklärt, dass es sich hier um das zugehörige baurechtliche Parallelverfahren handle.

Beschluss:

Der Marktgemeinderat stimmt dem vorhabenbezogenen Bebauungsplan „Sondergebiet großflächiger Einzelhandel Maidbronn (Netto Markt)“ zu und beschließt die öffentliche Auslegung nach § 3 Abs. 2 BauGB.

Beschlossen Ja 19 Nein 0

6 Verkehrskonzept für das Wohnbauprojekt Am Liedlein

1. Bürgermeister Losert verweist auf das an die Ratsmitglieder verteilte Protokoll vom 22.01.2019 in Sachen Besprechung der Verkehrsanbindung „Am Liedlein“. Herr Hesselbach habe auch noch ein Schreiben dazu nachgereicht. Die Diskussion habe ergeben, dass die Variante 4 zu bevorzugen sei, wobei es unterschiedliche Meinungen gebe.

Ratsmitglied Schneider erklärt, dass sich aufgrund der neuen Vorlage keine neuen Gesichtspunkte ergeben. Es handle sich um eine sehr enge und steile Straße, er bleibe bei seiner Ablehnung. Das Objekt sei grundsätzlich nicht schlecht, aber nicht an diesem Standort.

Ratsmitglied Weidner sieht hier ebenfalls ein schwieriges Gelände mit einer schwierigen Verkehrssituation, auch wenn sich der Parkraum durch 40 Stellplätze deutlich verbessere. In der Fraktion gebe es insgesamt keine einheitliche Meinung zu dem Vorhaben.

Ratsmitglied Pototzky erkennt ebenfalls keine neuen Gesichtspunkte und schließt sich der Aussage der SPD-Fraktion an. Man werde dagegen stimmen.

1. Bürgermeister Losert weist darauf hin, dass es sich bei diesem Tagesordnungspunkt 6 lediglich um die Konzeptvorstellung handle; eine Abstimmung sei hier nicht erforderlich.

Zur Kenntnis genommen

7 Beschlussfassung über die Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplan auf den Grundstücken „Am Liedlein“ (Fl.Nr. 2894,2894/1 und 2896).

Der Vorsitzende verweist auf den vorherigen Tagesordnungspunkt 6.

Beschluss:

Der Marktgemeinderat beschließt die Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplans auf den Grundstücken „Am Liedlein“ (Fl.Nr. 2894, 2894/1 und 2896).

Abgelehnt Ja 8 Nein 11

8 Mittelschulverbund Marquard von Grumbach Mittelschule Kooperationsvertrag mit dem Schulverband Unterpleichfeld Estenfeld

1. Bürgermeister Losert verweist auf die Sitzung des interfraktionellen Ausschusses.

Der vorliegende Entwurf des Kooperationsvertrages erzeuge ein großes Unbehagen und biete keine echte Perspektive für Rimpf und die Maximilian-Kolbe-Mittelschule. Allerdings fordere die Regierung eine Entscheidung, damit die Eltern und Schüler wissen, was in den kommenden Schuljahren passiere. Man sei jetzt also gefordert, Entscheidungen zu treffen.

Der interfraktionelle Ausschuss habe in seiner Sitzung am 12.01.2019 tendenziell empfohlen, trotz großer Bedenken dem Vertrag zuzustimmen, um für die nächsten drei Schuljahre agieren zu können, und um zumindest eine – wenn auch vage – Perspektive zu haben. Gleichzeitig sollte aber auch die Chance für eine strukturelle Neuausrichtung der Maximilian-Kolbe-Mittelschule gesucht werden, um sie künftig auf Dauer zu erhalten.

Dazu habe er Kontakt mit Frau Staatssekretärin Stolz in München aufgenommen und ihr die Überlegungen des Marktes Rimpar weitergegeben. Mit dem persönlichen Referenten der Staatssekretärin habe er ebenfalls ein längeres Gespräch gehabt. Frau Stolz werde sich nun intensiv mit dem Thema beschäftigen und auch die Schule vor Ort besichtigen und sich von ihren Stärken überzeugen.

Ratsmitglied Weidner erklärt, dass man eine starke Schule wolle, die auch künftig Bestand habe. Insgesamt wünsche man für den gesamten Würzburger Norden eine sinnvolle Lösung. Teile der Fraktion seien bereit, die Hand im Verbund zur Versöhnung zu reichen; anderen aber gehe das zu weit. Also werde es seitens der Fraktion keine einheitliche Abstimmung geben, wobei sich die Mehrheit wohl für den Vertrag ausspreche.

Wenn man auf die jahrelangen Diskussionen zurückblicke, so Ratsmitglied Schmid, sei sowohl Schülern und Eltern, aber auch dem Schulpersonal angesichts der Ungewissheit schon viel zugemutet worden. Andererseits gelte es, jetzt Ruhe hineinzubringen, weshalb die Regierung dem Markt Rimpar jetzt wohl „das Messer auf die Brust setze“. Wenn man jetzt dem Vertrag zustimme, habe man drei Jahre Zeit, Perspektiven für einen dauerhaften Schulstandort in Rimpar zu schaffen. Wenn man an die Aufstellung neuer Bebauungspläne und den zu erwartenden Zuzug junger Familien denke, werde wohl auch die übergeordnete Behörde zur Einsicht kommen müssen, dass zwei Schulstandorte durchaus Sinn machen und kooperieren können. Man sehe durchaus die Problematik mit dem M-Zug – über den Wechsel im Zweijahresrhythmus wurde lange gestritten. Das Problem sei ja immer, ob man „nur“ die Regelklassen oder auch einen M-Zug habe, was natürlich immer attraktiv sei; darauf könne man in drei Jahren hinarbeiten.

Im Übrigen müsse man als Kreisrat auch daran denken, den Würzburger Norden nicht ausbluten zu lassen; es stelle sich dann nämlich die Frage, ob eine Mittelschule im Würzburger Norden auf Dauer überhaupt Bestand haben könne. Schließlich wolle man keinesfalls der Totengräber dieser Schule werden. Also werde man diesem Vertrag letztlich zustimmen, was auch ein wichtiges Signal an andere Gemeinden sei: Man wolle hier nichts kaputt machen, sondern vielmehr erhalten.

Ratsmitglied Pototzky sieht zum vorliegenden Vertrag nach Lage der Dinge keine Alternative mehr, so dass man wohl zustimmen werde; man sehe die drei Vertragsjahre ebenfalls als Chance.

Für den Seniorenrat erklärt Herr Zier, dass es sich – egal wie der Beschluss ergehe – auch in den kommenden drei Jahren lohne, weiterhin so intensiv für die Schule zu kämpfen wie bisher; mit ihrem hervorragenden Lehrerkollegium mit jungen engagierten Leuten verdiene die Schule das.

1. Bürgermeister Losert begrüßt zum Thema Frau Patricia Geißler als Vorsitzende des Elternbeirates und erteilt ihr mit Zustimmung des Gremiums das Wort für eine kurze Stellungnahme.

Frau Geißler führt aus, dass aus der Elternschaft große Bedenken aufgekommen seien. Erstens werde die freie Schulwahl eingeschränkt. Die Regierung habe zugesagt, dass der Mittlere Bildungsabschluss das Zugpferd der Schule sei. Wenn der M-Zweig nach Unterpleichfeld verlagert werde, würden viele Eltern dann lieber in die Stadt gehen. Außerdem sei nicht von einer vertrauensvollen Zusammenarbeit mit Unterpleichfeld auszugehen nach allem, was man in den letzten Jahren erlebt habe. Letztlich stünden sieben Gemeinden gegen Rimpar. Man sei deshalb auch seitens des Elternbeirates entschlossen, weiterhin für die Schule und für die Eltern und Kinder zu kämpfen.

1. Bürgermeister Losert spricht von einer Schicksalsgemeinschaft hier. Vertrauen sei gut, Kontrolle besser. Man werde die künftige Entwicklung deshalb sehr kritisch verfolgen. Man sollte

jetzt aber den Versuch machen und weiterkämpfen, um letztlich zu einer zufriedenstellenden Lösung zu kommen.

Beschluss:

Der Marktgemeinderat stimmt dem Kooperationsvertrag mit dem Schulverband Pleichach-Kürnachtal zu.

Beschlossen Ja 17 Nein 2

9 Bebauungsplan Sonnenweg-Lohenweinberg Erklärung zur Einstellung des Klageverfahrens vor dem VGH München

1. Bürgermeister Losert erläutert den Sachstand. Demnach habe der VGH erklärt, dass die Sache mit der Bebauungsplanänderung an sich gegenstandslos sei. Das bedeute, dass sich das Normenkontrollverfahren erledigt habe. Man müsse jetzt noch die Zustimmung zur Hauptsacheerledigung erklären. Der Interfraktionelle Ausschuss habe bereits ein entsprechendes Signal gesetzt. Es sei aber wichtig, dass der Gemeinderat das beurteile.

Es sollte seitens der Gemeinde, so Ratsmitglied Schneider, aber darauf hingewiesen werden, dass es sich dabei nicht um einen Rückzug des Gemeinderats oder einen Fehler im Bebauungsplan handle.

Beschluss:

Der Marktgemeinderat stimmt der Einstellung des Klageverfahrens vor dem VGH München (Erledigung der Hauptsache) zu.

Beschlossen Ja 19 Nein 0

10 Richtlinien über die Gewährung von Zuschüssen an Familien zum Bau von eigengenutzten Familienheimen „Sonnenweg-Lohenweinberg“ s.a. Antrag der RL-IGU Fraktion v. 5.12.2019

1. Bürgermeister Losert verweist auf die nach dem Fraktionsgespräch eingefügten Nachbesserungen in Nr. 3.4 der Richtlinie, und zwar eine soziale Komponente. In Anlehnung an staatliche Förderungen wurde eine Einkommensgrenze wie beim sog. Baukindergeld eingefügt. Das sei per Baukindergeld- oder auch Einkommensteuerbescheid relativ einfach zu kontrollieren.

Ratsmitglied Bieber stellt fest, dass die Richtlinie erfreulicherweise dem Antrag der Rimplarer Liste-IGU entspreche und mithin zustimmungsfähig sei.

Ratsmitglied Wetzler äußert zu verschiedenen Punkten der Vorlage Kritik. Nach seiner Auffassung sollten die Fördervoraussetzungen so klar und einfach wie möglich sein. Punkt 3.5 halte er für eine Diskriminierung, außerdem sei das in der Praxis nicht feststellbar. Zudem bestehe ja immer die Möglichkeit, im Wege der Erbfolge Wohneigentum zu bekommen. Auch ein geschlossener Immobilienfonds oder eine Versicherung könnten darunterfallen. So wüssten viele gar nicht, dass sie über Wohneigentum verfügen. Da Ziffer 3.5 mithin weder gerecht noch überprüfbar sei, sollte sie ersatzlos gestrichen werden.

Weiterhin seien verschiedene Formulierungen schwer zu verstehen; Ziffer 3.2 spreche von „bezugsfertig zu errichten nach Abschluss des Kaufvertrages“ – welcher Kaufvertrag sei gemeint? Wohl der Grundstückskaufvertrag, vgl. Ziffer 4.2.

Und wer sei förderberechtigt, welche Kinder werden gezählt? Die „Deckelung“ der Kinder auf 6.000 € unter Ziffer 4 sei eine Einschränkung, die man nicht brauche. Das sei nicht gelungen.

Bezüglich der Zeitschiene gebe es in der Vorlage verschiedene Fristen: In Ziffer 3.2 („innerhalb von drei Jahren“ - wahrscheinlich vom Grundstückskauf an gerechnet), in Ziffer 4.2 (innerhalb von drei Jahren bezogen sein), in Ziffer 5.3 („innerhalb von fünf Jahren“ – bei Nr. 4.2 aber drei Jahre). Hier sollte man noch einmal drüberschauen, ob man die Fristen verständlicher gestalten könne.

Weiter sei zu fragen, wie es sich mit Pflege- oder Adoptivkindern verhalte. Diese werden ja nicht geboren und seien mithin ausgeschlossen. Diese Kinder müssten aber ebenfalls in die Richtlinie mit aufgenommen werden.

Nicht zu verstehen sei auch, warum Zuschüsse vorzeitig zurückgezahlt werden können. Das gehe alles irgendwie an der Realität vorbei. Und wie viele Kinder werden denn während der Bauphase geboren...

1. Bürgermeister Losert verweist auf die Vorbesprechung in den Fraktionssitzungen, hier sollte eigentlich kein gesondertes Referat gehalten werden.

Ratsmitglied Weidner äußert Bedenken in zwei Richtungen. Einerseits könne man die Richtlinie und das Verfahren kompliziert gestalten, so dass eine halbe Stelle in der Verwaltung sich mit den Regularien beschäftigen könne. Und wie erkläre man außerdem Gramschatzer Bauwerbern, dass man in Rimpf anders verfare?

Ratsmitglied Schmid nimmt Bezug auf die Anmerkungen von Ratsmitglied Wetzel. Unter Nr. 3.2 sollte Grundstückskaufvertrag gesetzt werden. Ziffer 3.5 wäre zu streichen, ebenso Abs. 3 in Ziffer 4 (Zulage darf 6.000 Euro nicht überschreiten). Ziffer 4 werde durch Streichung des Absatzes 3 übersichtlicher. Bei Ziffer 3.5 erhöhe sich die Einkommensgrenze, wenn ein Kind dazukomme, da falle doch keiner heraus. Nach dem Antrag der IGU sollen die Anzahl der Kinder und die soziale Komponente berücksichtigt werden. Ziel sei, dass die Grundstücke zügig bebaut werden.

Ratsmitglied Wetzel hält die Richtlinie umso besser, je einfacher sie sei.

Ratsmitglied Bieber stimmt der Richtlinie in der vorliegenden Form zu. Der Fehler liege im Strickmuster des Baukindergeldes; hier dürfe man keine andere Immobilie besitzen, vom Vermögen stehe da nichts drin. Er finde das besser als gar keine soziale Komponente.

Ratsmitglied Schneider bezeichnet es als eine gute Lösung, dass derjenige einen Zuschuss bekomme, der das Baukindergeld erhalte. Man wolle keine gläsernen Bauwerber. Der Erhalt von Baukindergeld wäre doch Voraussetzung genug.

1. Bürgermeister Losert möchte berücksichtigt haben, dass das Baukindergeld befristet sei. Eine Einkommensgrenze sei sinnvoll und unabhängig von der Gewährung von Staatsmitteln. Die Familienplanung und die Förderung könnte man auch über einen längeren Zeitraum strecken, z.B. auf zehn Jahre.

Ratsmitglied Meißner versteht Punkt 7 nicht – warum sollte ein Zuschussnehmer das Geld zurückzahlen, es werde ihm doch geschenkt...

Dies beziehe sich, so 1. Bürgermeister Losert, darauf, wenn er sich nicht an die Richtlinien halte. Man könne das auch weglassen.

Ratsmitglied Wetzel schlägt vor, lediglich eine Frist festzusetzen. Der Tag des Bezugs könne durch die Anmeldung festgestellt werden. Innerhalb eines Zeitraumes von zehn Jahren werden Kinder gefördert, da sei die Familienplanung in der Regel abgeschlossen. Sehr schwammig sei außerdem die Formulierung „wird das geförderte Objekt verkauft...“

1. Bürgermeister Losert möchte das im Einzelfall entschieden haben, da gebe es viele Möglichkeiten, z.B. eine Trennung oder der Tod des Ehegatten.

Ratsmitglied Wetzler möchte die Klammern herausnehmen, das seien Eingriffe in die Familienplanung.

Ratsmitglied Meißner fragt, warum man den Vertrag nicht für alle Baugebiete gelten lasse? Sonst fange man bei jedem neuen Baugebiet erneut an.

1. Bürgermeister Losert meint, dass jedes Baugebiet seine Besonderheiten habe; er würde das so belassen.

Ratsmitglied Pototzky hält es für extrem schwierig, einen solchen Vertrag in einem großen Gremium zu erstellen. Die Verwaltung sollte heute mit einer Nachbesserung für eine der nächsten Sitzungen beauftragt werden. Signal sollte sein, dass eine Förderung nicht ohne soziale Bedingungen erfolge. Alles Weitere wäre pragmatisch zu prüfen.

Ratsmitglied Weidner wiederholt die Anregung von Ratsmitglied Meißner, warum man den Vertrag nicht über alle Baugebiete erstrecke; darüber sollte man wirklich nachdenken.

1. Bürgermeister Losert will heute nur über den Lohenweinberg diskutieren. Die Beschlussfassung werde aber für heute vertagt, die Richtlinie wird nachgebessert und erscheint erneut auf der Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen.

Zurückgestellt

11 Änderung der Wahlordnung des Seniorenrates; Anhebung des Wahlalters auf das 60. Lebensjahr

Der Vorsitzende erklärt, dass es in erster Linie um die Anhebung des Wahlalters gehe. Die Dinge seien beschrieben und ausdiskutiert.

Ratsmitglied Pototzky schlägt zu § 8 vor, bei der Veröffentlichung der Wahlvorschläge weitere Angaben zu den Kandidaten zu machen wie Alter, Berufsbezeichnung, Ehrenämter und Motivation der Kandidaten.

1. Bürgermeister Losert hält das für datenschutzrechtlich bedenklich. Bewerber würden die Veröffentlichung solcher Daten eventuell auch gar nicht wollen. Die Wahlvorschläge müssten auch nicht streng und formell wie im Kommunalwahlrecht geprüft werden.

Ratsmitglied Schmid möchte die Wahlordnung keinesfalls verkompliziert haben, das habe doch bisher gut funktioniert. Im Übrigen wären die Kandidaten doch in der Regel im Ort bekannt. Das sei doch alles ausreichend, man kenne sich. Wer wolle, könne ja selbst einen Wahlwerbeflyer erstellen und verteilen.

1. Bürgermeister Losert ergänzt, dass die Wahlvorschläge ja auch in Rimpar aktuell eingestellt werden. Die Wahlordnung sei nur eine reine interne Verfahrensordnung, da müsse nicht alles im Detail hineingeschrieben werden.

Herr Zier erklärt, dass der Seniorenrat einer Anhebung des Wahlalters auf 60 Jahre grundsätzlich aufgeschlossen gegenüber stehe. Personen unter 60 hätten häufig auch noch nicht den Bezug zu den Senioren.

Beschluss:

Der Marktgemeinderat stimmt der vorgeschlagenen Änderung der Wahlordnung des Seniorenrats zu.

Beschlossen Ja 19 Nein 0

12 Vollzug des Bayerischen Feuerwehrgesetzes; Bestätigung des 1. und 2. Kommandanten der Freiwilligen Feuerwehr Maidbronn Max Dernbach und Christian Arnold

Der Vorsitzende führt aus, dass die Maidbronner Feuerwehr zwei junge Männer in ihre Führungsspitze gewählt hat, nämlich Herrn Max Dernbach zum 1. Kommandant und Herrn Christian Arnold zum 2. Kommandant. Nach dem Bayer. Feuerwehrgesetz müssen die beiden bestätigt werden, wobei noch das Benehmen des Kreisbrandrates herzustellen ist.

Ratsmitglied Pototzky erklärt, dass der IGU im Sinne des Zusammenwachsens beider Ortsteile eine gemeinsame Feuerwehr lieber wäre.

Ratsmitglied Schmid zollt den beiden Herren seinen großen Respekt, dass sie in diesem Alter eine solche Verantwortung übernehmen. Heutzutage habe man es häufig mit sehr schwierigen Einsätzen zu tun mit einer hohen Verantwortung für Verletzte, aber auch die Mannschaft. Der Marktgemeinderat stimmt dem unter Applaus zu.

Beschluss:

Die Wahl des 1. Kommandanten Max Dernbach und des 2. Kommandanten Christian Arnold der Freiwilligen Feuerwehr Maidbronn wird bestätigt. Das Benehmen mit dem Kreisbrandrat ist noch herzustellen.

Beschlossen Ja 19 Nein 0

13 Verschiedenes

a) Termin Waldbegehung

Am 02.02.2019 findet um 09.45 Uhr eine Waldbegehung statt. Transfer mit Bürgerbus.

b) Zugang zur ehemaligen Synagoge, Vorkaufsrecht

Der Vorsitzende zeigt an der Projektionswand einen Lageplan und verdeutlicht die Situation. Das Objekt sei von öffentlichem Grund aus nicht zugänglich, so dass für die Nutzbarmachung ein Zugang nötig sei. Der Gebäudezustand sei nicht der beste. Nach einem Gespräch mit dem Bezirk Unterfranken bestünden mehrere Möglichkeiten: Einerseits könnte man anstreben, einen öffentlichen Zugang hinzubekommen, oder man komme mit dem Bezirk ins Gespräch bezüglich einer Abgabe des Synagogengebäudes in das Freilandmuseum Fladungen; der Bezirk sei auf der Suche nach Objekten für das Museum und halte die Synagoge Rimpark grundsätzlich für eine interessante Option. Der weitere Weg sei nun grundsätzlich zu überlegen. Um das Objekt hingegen dauerhaft zu erhalten, sei wohl mit einem Kostenaufwand von nicht unter 2 Mio. Euro zu kalkulieren.

Ratsmitglied Schneider bezeichnet die Variante 2 als den besseren Weg. Mit den Nachbarn zur Vereinbarung eines Wegerechtes zu kommen, halte er eher für strittig. Eine vernünftige örtliche Nutzung sei im Moment nicht ersichtlich – noch ein Museum mehr sei der Bevölkerung wohl nicht zu vermitteln. Aufgrund der Kosten und der fehlenden Nutzbarmachung halte er die Variante 2 deshalb für die richtige.

Ratsmitglied Weidner sieht das ebenso. An dieser Stelle wird man eine vernünftige Nachnutzung nicht hinbekommen.

Ratsmitglied Bieber meint, dass wohl Einigkeit bestehe, dass der Erhalt an sich großartig für die Gemeinde wäre. Man sollte sich über ein solches Gebäude eigentlich freuen, es sei nicht mehr viel von dieser Bausubstanz da; immerhin sei es ein Denkmal und ein schönes Gebäude, das

Zeugnis ablege von einer Gemeinschaft von Menschen, die einmal hier gelebt haben. Das sei historisch und kulturell einzigartig, so dass man in Erwägung ziehen sollte, das Gebäude selbst zu erhalten. Gerade heute sei der Holocaust-Gedenktag, und wie man gehört habe, wüssten 40 % der Jugendlichen nichts mehr darüber, wobei man in Rimpar durch das Gedenken an den Pogrom eventuell bessere Werte habe. Es sei jedenfalls viel nachhaltiger, wenn dieses Gebäude daran erinnere. In welcher Höhe könne man denn mit Zuschüssen zu den angesprochenen 2 Mio. Euro rechnen?

1. Bürgermeister Losert antwortet, dass man aus der Städtebauförderung oder dem Entschädigungsfonds mit maximal 60 % rechnen könne, mehr sei wohl nicht drin. Man müsse einfach sehen, dass das Gebäude baufällig und in einem erbärmlichen Zustand sei. Bei einer Sanierung vor Ort wäre ein Abtrag und Neuaufbau notwendig, um das Ganze wieder nutzbar zu machen. Für einen Abtransport nach Fladungen falle der gleiche Aufwand an.

Ratsmitglied Bieber möchte keinesfalls falsch verstanden werden; eine Abgabe nach Fladungen wäre sicher in Ordnung, aber man sollte auch über die andere Variante nachdenken.

1. Bürgermeister Losert möchte ein Signal aus dem Gremium haben, in welche Richtung es weitergehen solle.

Ratsmitglied Bötsch fragt, ob es sicher sei, dass der Bezirk das Gebäude überhaupt nehme.

Der Bezirk habe nach den geführten Gesprächen grundsätzlich Interesse, so 1. Bürgermeister Losert. Man hätte schon viel früher darüber diskutieren können, was aus heutiger Sicht sehr bedauerlich sei.

Zur Beschlussfassung schlage er vor, jetzt Gespräche mit dem Bezirk zu führen mit dem Ziel, die ehemalige Synagoge in das Freilandmuseum Fladungen umzusetzen.

Beschluss: 19 : 0

c) Seniorenzentrum Rimpar

Termin mit Herrn Prof. Dr. Schraml am 21.02.2019.

d) IGU-Antrag vom 23.01.2019

Der Antrag ist heute kein Gesprächsgegenstand, es werde daran gearbeitet.

e) Rechnungsprüfungsausschuss

Ratsmitglied Meißner bedankt sich für das Vertrauen zur Wahl als neuer Ausschussvorsitzender. Mit den Ausschusskollegen sollten folgende fünf Termine vereinbart werden, um die letzten Jahre aufzuarbeiten: 27.02., 20.03., 10.04., 22.5. und 26.6.2019. Uhrzeit jeweils etwa 16.00 bis 18.00 Uhr. Er gebe einige Tage vorher durch, was geprüft werden solle.

f) Ratsprotokolle auf der Homepage

Ratsmitglied Pototzky bezeichnet es als gut, dass die Protokolle jetzt auf der Homepage einsehbar seien, die Verwaltung sei dafür zu loben. Wer sei dafür der Ansprechpartner?

Dies sei in der Regel Frau Bargmann, so der Vorsitzende.

g) Streusalz

Ratsmitglied Pototzky erklärt, dass generell extrem viel Streusalz auf den Straßen aufgebracht werde, auch wenn er selbstverständlich grundsätzlich dankbar sei für alle, die früh aufstehen und für die Verkehrssicherheit sorgen. Nach der Verordnung der Gemeinde sei das Salzstreuen ebenfalls verboten, weil es sehr schädlich sei, was allgemein bekannt wäre. Wie bei der Bürgerversammlung, sollte man nochmals auf diese Vorschrift hinweisen. Man sollte eine ähnliche

Formulierung verwenden nach Art. 51 BayStrWG. Er möchte das beraten haben, es gebe eine Diskrepanz zwischen Recht und Praxis.

1. Bürgermeister Losert verweist auf die Dienstanweisung für den Bauhof, die Straßen ordentlich freizuräumen. Man sei mit Gerätschaften gut bestückt; der Unimog sei mit einer Laugen-/Salzlösung unterwegs, dadurch werde schon viel eingespart. Mit anderen Mitteln sei die Verkehrssicherheit halt nicht gewährleistet.

h) Sitzungsgelder

Ratsmitglied Schneider erwähnt eine Vereinbarung mit der Kämmerin auf eine halbjährliche Zahlung der Sitzungsgelder, was aber sehr unübersichtlich sei; eine vierteljährliche Zahlung sei zu bevorzugen.

Ratsmitglied Wetzels verweist auf eine entsprechende Eingabe an die Geschäftsleitung schon vor längerer Zeit, die aber wohl nicht umgesetzt wurde.

i) Bürgerversammlungen

Ratsmitglied Bieber regt an, bei den Bürgerversammlungen nicht noch einmal alle Ehrungen ausführlich zu erwähnen, das geschehe doch schon beim Neujahresempfang und bei der Bekanntgabe in Rimpar aktuell.

1. Bürgermeister Burkard Losert schließt um 22:30 Uhr die öffentliche Sitzung des Marktgemeinderates.

Vorsitz

Schriftführung

Burkard Losert
1. Bürgermeister

Michael Amon
Geschäftsleiter